

## Rad verkehrt – Der Elster-Saale-Radweg in Leipzig

von Heike König



**Viele Radwege führen nach Leipzig rein oder raus. Manchen wohnt beides inne – Qualität und Qual –, wie zum Beispiel dem Elster-Saale-Radweg.**

Leipzig hat sich die Nachnutzung ehemaliger Bahnstrecken auf die Fahne geschrieben: Grüne Gleise Plagwitz oder Anger-Crottendorfer Bahnschneise sind Beispiele für gelungenen Stadtumbau, für innerstädtischen, entschleunigten und sicheren Alltags-Radverkehr, der Quartiere verbindet und unsere Stadt lebenswert

macht. Leipzig hat aber auch den Anspruch, touristische Metropole zu sein, Messe-, Sport-, Bachstadt, Stadt der friedlichen Revolution und Herzstück des Leipziger Neuseenlandes. Doch nicht jeder kommt mit dem Auto oder der Bahn zu uns. Es gibt seit geraumer Zeit Menschen jeglichen Alters, die sich für die gemächlichere Entdeckung von Landschaften und Städten per Rad entscheiden, Tendenz steigend. Die wählen für gewöhnlich die landschaftlich schönsten Strecken. Die Leipziger Tieflandsbucht wurde einst von einer klei-

nen Bahnstrecke (fast) mit dem Saaletal bei Weißenfels verbunden, der von Leipzig-Plagwitz nach Pörsten. Von 1897 bis 1998 wurde sie befahren, dann stillgelegt und im November 2001 entwidmet. Seit ungefähr 1998 versuchen engagierte Vereine, initiiert durch Pro Leipzig e. V., Planer, und Grüner Ring Leipzig, den Elster-Saale-Radweg auf diese alte Bahnstrecke zu bringen, all die Jahre gemeinsam mit Lützen und Markranstädt. Während Lützen der Vorreiter war, gab es in Markranstädt 2007 einen Durchbruch, die Stadt kaufte

### INHALT

Entwicklung öffentlicher Spielplätze	Seite 4
Verkehrsplanung – mitmachen gefragt	Seite 5
Schulsozialarbeit auf gutem Weg	Seite 7
Elektronische Ratsarbeit bleibt Vision	Seite 8
Fluglärmmzonen wurden reduziert	Seite 10
Stellenwert der Schulnetzplanung	Seite 11
Kleingärten im ökologischen Aufwind	Seite 12
Beiratsarbeit mit gutem Ergebnis	Seite 13

Wie bedenklich die Entscheidung zur städtischen Holding LVV in ihrer Wirkung war und welches fragwürdige Verfahren der OBM dazu gewählt hat, berichten Malte Reupert und Wolfram Leuze auf den Seiten 2 und 3.

Wie es heute möglich und wünschenswert ist, dass behinderte und nichtbehinderte Kinder nicht nur gemeinsam leben und spielen, sondern auch gemeinsam schulisch lernen, erläutert Katharina Krefft auf der Seite 6.

Wie unser Leben von einer reichhaltigen Kultur geprägt wird und welche Schwierigkeiten sich für uns daraus ergeben, diese auf einem hohen Niveau abzusichern, betrachtet Ansgar Maria König auf Seite 9.

der Bahn 8 km Strecke ab, die im Oktober 2009 als Radweg eingeweiht wurden, unter Beteiligung von rund 250 begeisterten RadlerInnen. Die attraktive Strecke endet derzeit in Göhrenz.

Die Stadt Leipzig jedoch schickt den neugierigen Touristen ab dem Kulkwitzer See quer durch Grünau. Nun ist Grünau ein lebenswerter und vitaler Stadtteil, doch das ist nicht die Premiumvariante radtouristischer Streckenführung. Schon beim Lesen riecht man förmlich die Abgase: Alte Salzstraße, Schönauer Straße, Lützner Straße, Demmeringstraße, Angerstraße, Jahnallee, Waldplatz ... Kein/e LeipzigerIn würde diese Strecke freiwillig wählen, denn sie/er hat Alternativen. Eine interessierte Gruppe neugieriger RadlerInnen – durchaus bahnrassenaffin, aber mindestens interessiert an landschaftlich schönen und grünen Strecken, die aus und nach Leipzig führen – testete im Oktober 2011 einen Wunschweg nach Weißenfels: Johannapark, Clarapark, Sachsenbrücke, Nonne, Schleußiger Weg, Elsterflutbett-Deich, Pistorisweg, Hahnholz, Küchenholz, Querung Windorfer/Dieskaustraße, Kurt-Kresse-Straße, Brücke über die Plagwitzer Bahngleise und entlang der alten Bahntrasse am Lausener Weg zum Kulkwitzer See. Ab Göhrenz dann auf der alten Bahnstrecke Richtung Pörsten ... erstaunlich grün und ruhig!

Und Leipzig blockt. Favorisiert wird die Alte Salzstraße, der in Grünau im Rahmen des Stadtumbaus eine besondere Rolle zufällt. Für die AnwohnerInnen im Lausener Weg direkt an der alten Bahnstrecke sei dies unzumutbar, weil dann der Radweg von besserer Qualität wäre als die Straße vor der Haustür. Was für ein Argument! Und damit lässt die Verwaltung die Vorzugsvariante aus einer 2004 im Auftrag der Stadt erarbeiteten Vergleichsstudie in der Schublade verschwinden. Denn die führt über die Bahnstrecke Plagwitz-Pörsten. Und die Initiativen lässt sie auflaufen. Auch in der aktuellen Fortschreibung des Radverkehrsentwicklungsplanes spielt der Elster-Saale-Radweg keinerlei Rolle. Der direkte Anschluss bis zur Saale und die grüne Linienführung machen diese Strecke attraktiv. Die Nachnutzung bestehender Schotterbetten macht sie kostengünstig. Die Einstufung als regionale Hauptradroute im SachsenNetzRad macht sie förderwürdig. Die Einbindung in eine Gesamtstrategie Plagwitzer Bahnhof bringt weitere Synergien.

Warum das nicht überzeugt, bleibt das Geheimnis der Stadt. Wir werden dranbleiben!

## Prestige schlägt Vernunft – der Perdata-Verkauf und die unendliche Tragödie LVV

von Malte Reupert

**Leider ist aus dem Ringen um den dringend notwendigen finanziellen Befreiungsschlag für den Stadtkonzern LVV (das Dach von LVB, Stadt- und Wasserwerken) unversehens eine Frage des politischen Prestiges für den OBM und die selbsternannten „Wirtschaftsparteien“ geworden. Ein Herzstück der Stadtwerke, deren vor Jahren als Perdata ausgegliederte IT-Abteilung, wird für einen deutlich zu niedrigen Preis verkauft.**

Zugutehalten kann man dem OBM jedoch, dass er im Gegensatz zu früheren Verkaufsanläufen endlich begriffen hat, dass die tatsächlichen Probleme der LVV ganz woanders liegen: nämlich in einer Reihe von Konstruktionsfehlern und gegenseitigen Blockaden, die die LVV im Laufe der Jahre von Verwaltung und Stadtrat aufgebürdet bekam. Die ganzheitliche Betrachtung der Probleme der LVV war ja das Hauptanliegen unserer Fraktion, was wir bereits vor einem Jahr



Während für die einen die Privatisierung ein beinahe religiöses Credo ist, glaubt der OBM, vom einmal angeschobenen Verkauf nicht ohne Gesichtsverlust zurückrudern zu können. Die Verlierer sind die Regierten: die LVV, weil sie Zinseinsparungen von 750 T EUR gegen zukünftige Nettogewinne der Perdata in Höhe von etwa 1,5 Mio. EUR eintauscht und von den 18 Mio. EUR Kaufpreis durch die Hintertür 6,2 Mio. EUR an die Stadtkasse fließen; die Stadtkasse, weil mit dem Verkauf die Probleme der LVV eher verschärft werden; die Leipziger BürgerInnen, weil Stadt und OBM sich auf Kosten der LVV ein weiteres Jahr – bis nach der OBM-Wahl – um die dringend notwendige, aber schmerzhaft Sanierung des aufgeblähten Ausgabenvolumens der Stadt drücken können.

in die Ratsvorlage zur LVV hineinschreiben konnten.

Allerdings bleiben eine Reihe von bewussten Falschdarstellungen und fehlerhaften Rahmensetzungen für die Zukunft der LVV. Wir kritisieren folgende Sachverhalte:

- den zu niedrigen Preis für die Perdata;
- dass in keiner Weise die strategische Bedeutung der Perdata für Stadtwerke und LVV in die Verkaufserwägungen einbezogen wurden;
- den Abfluss von 6,2 Mio. EUR in die Stadtkasse durch die Hintertür;
- dass das von uns eingeforderte Gutachten zum Entwicklungsstand der LVV zum Gefälligkeitsgutachten mit vorbestelltem Ergebnis bei beschä-

mendem fachlichen Niveau pervertiert wurde;

- dass sich durch den Verkauf die finanzielle Situation der LVV ceteris paribus verschlechtert;
- die Vorfestlegung der zukünftigen Struktur der LVV, die viele der geforderten Synergien erschwert und Konflikte im Management vorprogrammiert;
- das inkonsequente Vorgehen bei den Vorgaben zum Einsparungsziel und zur Synergie;
- die Zielsetzung bei der Konzernentwicklung auf Einsparungen anstelle eines Ergebniszieles;
- die Mentalität des OBM, bedingungslose Gefolgschaft vor in der Sache streitbare Kompetenz zu stellen;
- die fehlende Strategie des OBM im Umgang mit den städtischen Unternehmen, die sich in willkürlichem Hineinregieren einerseits und Beliebigkeit andererseits zeigen;
- das – hierfür symptomatische – zusammenhanglose Sammelsurium frommer Wünsche, die die Eigentümerziele der LVV darstellen.

Die politische Auseinandersetzung um den Verkauf der Perdata haben wir verloren. Festzustellen bleibt außerdem, dass mein Fraktionskollege Roland Quester mit seiner vor einem Jahr ausgesprochenen Prognose recht behalten hat: nämlich dass OBM und Verwaltung sich nicht um Beschlüsse scheren und diese beliebig beugen würden, wenn sie denn auch nur ein wenig in die Richtung des schnellen Geldes dürfen, in die sie wollen.

Das in unseren Augen zum Teil falsche und zum anderen Teil grob mangelhafte Beschlusspaket zur LVV und sein Entstehungsprozess werfen eine grundsätzliche – und auch selbstkritische – Frage auf: Ist Politik, sind die demokratischen Mechanismen in ihren Funktionsprinzipien überhaupt in der Lage, politische Mandate und führende öffentliche Ämter optimal zu besetzen, steht also im Zweifel Vernunft vor Prestige, Gemeinnutz vor dem politischen Eigennutz?

Da auf diese Frage eine akzeptable Antwort zu finden ein aussichtsloses Unterfangen scheint, werden wir uns in den nächsten Wochen und Monaten bemühen, die Mängel im aktuellen Beschluss soweit möglich noch nachträglich zu beheben.

## Ein nicht hinnehmbares Maß an Falschspielerei

von Wolfram Leuze



**Der Beschluss der Ratsversammlung vom 9. Februar 2011 über die Sicherung der Finanz- und Investitionsfähigkeit des LVV-Konzerns und die Vorlage vom 25. Januar 2012 zur Umsetzung dieses Beschlusses sind die Ratsvorlagen, welche mich während meiner Stadtratstätigkeit am stärksten rational, aber auch emotional beschäftigt haben. Und das ging, glaube ich, in unserer Fraktion nicht nur mir so.**

Wir teilen mit dem OBM die Überzeugung, dass die Finanz- und Investitionsfähigkeit der LVV, welche durch die jahrelange städtische finanzielle Ausplünderung der LVV, für die vor allem der ehemalige OBM Tiefensee (SPD) und der frühere Finanzbürgermeister Kaminski (CDU) und eine schwache LVV-Geschäftsführung in Person von Dr. Klein verantwortlich waren und sind, gefährdet ist und wiederhergestellt werden muss.

Wir haben deshalb mit dem Stadtratsbeschluss vom 9. Februar 2011 für uns gewaltige Hürden übersprungen. Es ist uns damals nicht leicht gefallen, der Einleitung eines Bieterverfahrens zur Veräußerung eines Geschäftsanteils von jeweils 49,9 % an der Perdata GmbH und an der HL-Komm GmbH zuzustimmen. Warum

49,9 %? Die Privatisierung kommunaler, auch nicht zur Daseinsvorsorge gehörender Unternehmen löst auch hier in Leipzig nicht nur irrationale, sondern auch sehr berechnete Ängste aus. Auf diese Ängste gilt es, Rücksicht zu nehmen, deshalb legten meine Fraktion und meine Partei entscheidenden Wert darauf, bei einem Anteilsverkauf zunächst nur mit einem Teilverkauf von 49,9 % zu prüfen, ob die Zusammenarbeit mit einem neuen Partner auch so wie gewünscht funktioniert.

Mit dem Beschluss vom 9. Februar 2011 – der übrigens ohne die zehn Stimmen der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen nicht zustande gekommen wäre – haben wir klare Grenzen gezogen, dass es zunächst bei einem Anteilsverkauf von 49,9 % bleibt. Mit der Regelung in Ziff. 5 b dieses Beschlusses, nach der den jeweiligen TeilnehmerInnen im Bieterverfahren explizit nicht die Möglichkeit von Nebenangeboten eingeräumt wurde, sondern nur die Gelegenheit zu einem späteren Zeitpunkt mit Zustimmung der Ratsversammlung ggf. weitere Geschäftsanteile zu erwerben, sollte dies gewährleistet sein. Und wenn dann in Ausführung des Stadtratsbeschlusses vom 9. Februar 2011 in der Ausschreibung des Bieterverfahrens bei der Frage, ob Varianten/Alternativangebote zulässig sind, „Ja“ steht, dann ist das ein nicht mehr hinnehmbares Maß an Falschspielerei, weil hier bewusst und gewollt von einem Stadtratsbeschluss abgewichen wurde.

Wir Grünen fühlen uns, glaube ich zu Recht, von der Verwaltung oder der LVV-Geschäftsführung oder dem Transakteur KPMG oder von allen Dreien hintergangen, weil die klaren Beschränkungen des Bieterverfahrens auf unser Betreiben hin in den Beschluss vom 9. Februar 2011 aufgenommen und so vom Stadtrat beschlossen wurden. Mit dem am 25. Januar 2012 verabschiedeten Vorschlag, 100 % von Perdata zu verkaufen, hat der OBM also bewusst gegen den Stadtratsbeschluss vom 9. Februar 2011 verstoßen. Der OBM hat zum wiederholten Male gegen Zusagen verstoßen, die er gegenüber der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen gemacht hat, und damit das Vertrauen in seine Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit endgültig zerstört. Diese seine Täuschungsmanöver werden sich bei der OBM-Wahl im Januar 2013 für ihn nicht auszahlen.

# Entwicklung öffentlicher Spielplätze in Leipzig

von Annette Körner

**Kinder in der Stadt benötigen Spielräume und zugleich Treffpunkte zum Toben und Ausprobieren. Ein stadtweites Spielraumkonzept ist trotz unserem Drängen noch nicht in Sicht, aber mit 250 TEUR jährlich sollen Spielplatzentwicklung und -instandhaltung nunmehr Planungssicherheit erhalten.**



Knapp gehalten gibt die Stadtverwaltung ihr Vorgehen bekannt. Die Medien sorgen bereits dafür, dass über die „nicht öffentlich“ gekennzeichnete mittelfristige Maßnahmenliste kurz berichtet wurde. Warum die Verwaltung nicht offen über Prioritäten und Finanzen, aber auch kreative Ansätze zu diesem Thema berät, wie jährlich angefragt, erschließt sich dem Leser kaum. Im Einzelfall ist das planende Amt für Stadtgrün und Gewässer auch vor Ort und sucht längst das konstruktive Gespräch mit den Anwohnern.

Es geht um die 297 Spielplätze in öffentlichen Grün- und Parkanlagen, die vom städtischen Eigenbetrieb Stadtreinigung/ Abt. Grünpflege oder auch von Bauhöfen des Hauptamtes oder vom Stadtforst gepflegt werden. Die 120 Spielplätze in den öffentlichen Bereichen der kommunalen Kleingartenanlagen betreuen die dortigen Vereine. Während durch die Stadt täglich bis wöchentlich Reinigung und Sichtkontrolle vor Ort in Abhängigkeit vom Nutzungsgrad erfolgen, werden große Spielplätze jährlich auch durch den TÜV inspiziert. Die Verwaltung geht allgemein von einer Nutzungs- und Abschreibungsdauer von rund 15 Jahren aus und beschreibt Materialvarianten in Beziehung zur Haltbarkeit der Anlagen.

2008 war der Öffentlichkeit stolz das erste Spielplatzkonzept „Spielen am Wege“ für das Stadtzentrum vorgestellt worden, welches - initiiert durch unsere Fraktion - nach intensiver Beteiligung von Kindern als auch erwachsenen „Experten“ und Hilfe

eines externen Büros erstellt worden war. Aus Kostengründen wurden davon bis heute nur Teile umgesetzt und eine konzeptionelle Ausweitung auf die ganze Stadt steht noch aus.

Stehen wir am konkreten Ort der Einweihung von Anlagen, strahlen alle Beteiligten, dagegen ist die Stimmung zu Haushaltsfragen in gleicher Thematik angespannt. Manchmal scheint es, dass die vordergründige Begeisterung der Stadt zu steigenden Geburten getrübt wird durch die neuen, Kitas und Schulen sprengenden Kinderzahlen und durch die Last gesteigerter Finanzausgaben.

Während Vereine unter dem Stichwort Spielplätze vielfältig informieren, könnte die Stadtverwaltung durchaus noch offensiver über ihr Engagement zur Einbeziehung der Bevölkerung vor Ort, der Kinder und Jugendlichen sowie von Sponsoren berichten bzw. dies anregen. Ein Antrag unserer Fraktion zur Erstellung spielerischer Informationsangebote wie z. B. einem Spielplatzwegweiser in Quartettform wurde angenommen. Das Ergebnis steht noch aus.

Gelingende Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger jeglichen Alters vor Ort, wie dies das planende Amt bereits punktuell praktiziert, kann Konflikte eindämmen und eine starke Verantwortung für den eigenen Stadtteil erzeugen. Spielplätze sind auch oft Treffpunkte für Jugendliche. Konflikte weisen darauf hin, dass Heranwachsende unterschiedliche Bedürfnisse haben, aber auch Gelegenheiten und Orte zur Freizeitgestaltung mit anderen benötigen. Nicht zu vergessen die eigentlichen Funktionen, die Spielräume unseren Jüngsten in der Stadt für ihre kindliche Entwicklung geben sollen. Und attraktive Spielplätze beeinflussen die Lust für Familien, in unserer Stadt mit Kindern leben zu wollen. Veröffentlichungen anderer Städte zeigen, wie ambitioniert Verwaltungen in ihren Bemühen zur Schaffung und Betreuung kindgerechter Spielräume an passenden Orten sind. Das nun vorliegende Finanzierungsprogramm bis 2017 ist in Leipzig eine weitere Grundlage für mehr Planungssicherheit. Als Fraktion freuen wir uns über Anregungen unserer Leser, nicht nur jetzt, wo das Programm beschlossen werden soll, sondern auch zukünftig.

## Neues aus dem Stadtrat



### Radverkehrskonzept wird fortgeschrieben

Unseren Antrag „Radwegebenutzungspflicht nur noch als Ausnahme“ haben wir noch einmal von der Tagesordnung der Ratsversammlung absetzen lassen, da von der Verwaltung der Bericht des Radverkehrsbeauftragten angekündigt wurde. Wir sind sehr gespannt!

### Mehr Plätze in Freien Schulen

Unser Antrag zielt darauf ab, nicht-staatliche freie Schulen auf dem Gebiet der Stadt Leipzig zu fördern, also zu erweitern bzw. neu zu errichten. Der Leipziger Investitionsstau beim Schulhausbau (Neubau und Sanierung) erfordert ein Bündel unterschiedlicher Maßnahmen. Eines davon ist die Einbeziehung freier Schulträger in die notwendigen Investitionen. Dies ist realistisch, weil die Nachfrage deutlich höher ist als das Angebot. Dies ist weiterhin kostensparend, weil die freien Schulträger den Schulhausbau bzw. die Sanierung selbst finanzieren.

Bei der im Antrag eingezogenen Obergrenze eines Anteiles freier Schulen von 35% besteht keine Gefahr, dass wie auch immer gelagerte Befürchtungen eintreten. Freie Schulen sind ein entscheidender Faktor für einen produktiven und Innovationen fördernden Wettbewerb von Schul- und Unterrichtskonzepten. Dies führt zur Weiterentwicklung der Pädagogik. Neue Konzepte werden erfahrungsgemäß lange vor ihrem Durchbruch an freien Schulen erprobt und praxistauglich gemacht. Ein breites Angebot von verschiedenen Konzepten mit ausreichender Kapazität gewährleistet die notwendige individuell differenzierte Methodik für unterschiedliche Lernbedürfnisse und Fähigkeiten.

### Entré zur Petersstraße kann entstehen

Der Stadtrat hat im Konzept Autoarme Innenstadt den Umbau der Schillerstraße / Ecke Petersstraße zur Fußgängerzone beschlossen. Da die Verwaltung den Umsetzungszeitplan wieder verschieben und damit verlassen will, haben wir diesen Beschluss nochmals zum Thema eines eigenständigen Antrags gemacht.

# Mobilität Leipzig 2020

## Die Stadtgesellschaft muss sich neu über die Nutzung des öffentlichen Raums verständigen

von Roland Quester



**Jetzt im Februar beginnt ein rund 2-jähriger Beteiligungsprozess, an dessen Ende dem Stadtrat ein aktualisierter Stadtentwicklungsplan Verkehr und öffentlicher Raum – kurz STEP VöR – zum Beschluss vorgelegt werden soll. Wozu ist dies nötig, und was kann man davon erwarten?**

Bereits 1992 beschloss die damalige Stadtverordnetenversammlung „Verkehrspolitische Leitlinien“ als Grundsätze der in Leipzig zu verfolgenden Verkehrspolitik. Die dort formulierten Ziele und Schwerpunkte konkretisierten sich in einer Vielzahl weiterer Planungsdokumente wie dem Flächennutzungsplan, dem Nahverkehrsplan, dem Konzept zur Förderung des Radverkehrs oder dem mittelfristigen Straßen- und Brückenbauprogramm.

Zehn Jahre später wurden diese Leitlinien fortgeschrieben und aktualisiert, es entstand der erste STEP VöR, den der Stadtrat im Oktober 2003 beschloss. Im Unterschied zu den Leitlinien behandelte der Stadtentwicklungsplan die einzelnen Verkehrsthemen wesentlich detaillierter und führte vor allem den Aspekt der Gestaltung des öffentlichen Raumes in die Thematik ein. Denn der Verkehr spielt sich ja nicht irgendwo ab, sondern auf den Straßen und Plätzen, also den Flächen, die den öffentlichen Raum bilden. Und so wie die verschiedenen Verkehrsarten, der motorisierte Verkehr, die Straßenbahn, der Rad- und der Fußverkehr bereits sehr unterschiedliche Anforderungen und Auswirkungen an und auf die Straßenräume und z. B. angrenzende Wohn- und Erholungsnutzungen haben, so unter-

schiedlich gut oder schlecht kann ein- und derselbe Straßenraum „funktionieren“ – je nachdem, wie der Raum aufgeteilt wird und welchen Wert gestalterische Fragen erhalten haben.

Man mag sich nur vergleichend die Karl-Liebknecht- und die Georg-Schumann-Straße vor Augen führen, um die Wirkungen von Verkehrsanlagen jenseits ihrer Transportfunktion zu erkennen. Eine aktuelle Vorlage zur Schumann-Straße formuliert dies deutlich: „Insbesondere das hohe Verkehrsaufkommen, verbunden mit Lärm- und Luftbelastungen, trägt maßgeblich dazu bei, dass die vorhandene Bausubstanz zunehmend in ihrem Bestand gefährdet ist bzw. einige Bereiche bereits eine Perforation aufweisen mit zu erwartenden tief greifenden Folgen für die dahinterliegenden, bereits sanierten Gebäudebestände der ruhigen ‚zweiten Reihe‘. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Bereich der Gewerbe- und Einzelhandelsentwicklung. Ein Großteil der vorhandenen Ladenlokale ist unsaniert und steht leer. Es fehlen sowohl die Nutzungsperspektive als auch die lokale Kaufkraft als erforderliche Wirtschaftsgrundlage.“

Aber nicht nur Problemlagen wie diese machen es nötig, sich neu über die Verkehrsthematik in Leipzig zu verständigen. Seit dem ersten STEP VöR haben die europäischen Richtlinien zur Luftreinhaltung und zum Umgebungslärm neue rechtliche Anforderungen gestellt, Klimawandel und zukünftige Ölverfügbarkeit stellen unser Mobilitätsverhalten infrage, der Ausbau des Straßennetzes hat sich im geplanten Zeitraum als unbezahlbar erwiesen, eine Reihe von vor-

gesehenen Trassen ist inzwischen aus Umweltgründen aufgegeben worden, und schon mit der Unterhaltung der vorhandenen Straßen, Brücken, Fußwege, Schienen und Straßenbäume ist die Stadt finanziell überfordert. Nicht zuletzt haben sich mittlerweile eine Reihe von Bürgerinitiativen gegründet, welche die Verkehrsbelastungen in ihren Wohngebieten nicht mehr akzeptieren wollen. Andererseits besitzen gut 60 % der Leipziger Haushalte mindestens ein Auto und produzieren den größten Teil des motorisierten Verkehrs in der Stadt selbst. Reichlich Parkplätze im Innenstadtbereich laden dazu ein, mit dem PKW ins Zentrum zu fahren. Der Wirtschaftsverkehr nimmt zu, und täglich pendeln rund 25.000 Menschen nach/aus Leipzig zur Arbeit und Ausbildung.

Mit diesen unterschiedlichen Anforderungen und Perspektiven sowie den Begrenzungen dessen, was im kommunalen Einflussbereich liegt, beschäftigen sich nun rund 30 VertreterInnen aus Verwaltung, Fraktionen, Umwelt-, Wirtschafts- und Bürgervereinen. Noch zu definierende Schwerpunktthemen sollen mit Einzelgutachten vertieft untersucht und in einem separaten Wettbewerb auf Stadtebene Bürgerideen für die lokale Verkehrsgestaltung entwickelt werden. Gerade hierin könnte eine Chance bestehen, eine breitere Diskussion und Meinungsbildung zum Verkehrsgeschehen in Leipzig und dem eigenen Anteil daran in der Stadtgesellschaft zu initiieren.

Gemessen wird der neue STEP VöR wie alle anderen Beschlüsse auch letztlich an seiner Umsetzung. Hierfür könnte der lange Erarbeitungs- und Diskussionsprozess von Vorteil sein, denn sein Ergebnis gräbt sich so tief in das kollektive Gedächtnis ein. Nötig wäre es: Den jetzt noch gültigen STEP VöR kennen viele VerwaltungsmitarbeiterInnen und Stadträtinnen und -räte, wie so manche Diskussion und Entscheidung nahelegen, wohl eher dem Hörensagen, denn dem eigenen Lesen nach.

Der (noch) aktuelle Stadtentwicklungsplan Verkehr und öffentlicher Raum: [www.leipzig.de/imperia/md/content/90\\_verkehrs-planung/step\\_pdf.pdf](http://www.leipzig.de/imperia/md/content/90_verkehrs-planung/step_pdf.pdf)

Die aktuellsten Daten zur Verkehrsmittel-nutzung in Leipzig: [www.leipzig.de/imperia/md/content/90\\_verkehrsplanung/srv\\_bericht\\_web.pdf](http://www.leipzig.de/imperia/md/content/90_verkehrsplanung/srv_bericht_web.pdf)  
Übersicht der wichtigsten verkehrspolitischen und verkehrsplanerischen Beschlüsse und Dokumente: [www.umweltbibliothek-leipzig.de/tl\\_files/Nachrichten/Literaturverzeichnisse/Beschluesse und Dokumente zur Leipziger Verkehrsplanung und -politik.pdf](http://www.umweltbibliothek-leipzig.de/tl_files/Nachrichten/Literaturverzeichnisse/Beschluesse und Dokumente zur Leipziger Verkehrsplanung und -politik.pdf)

# Gemeinsam für Inklusion

von Katharina Kreff

**Täglich werden Menschen mit Behinderung ausgeschlossen. Vom öffentlichen Leben, von Bildung, von politischer Meinungsbildung und vor allem von politischen Entscheidungen. Zwar lesen wir die Zahlen aus den Statistiken, beachten wir Hinweise zum barrierefreien Bauen (um sie beim Bauen aus Kostengründen wegzulassen) und gehen zur jährlichen Demo des Behindertenverbandes oder zum Tag der Begegnung zwischen Menschen mit und ohne Behinderung. Aber richtig ändern tut sich nichts.**

Dabei hat eine neue Zeit begonnen: Eltern von Kindern mit Behinderungen fordern viel vehementer als in der Vergangenheit einen weitestgehend normalen Lebensweg ihrer Kinder ein. Und die UN beschloss

Anpassung des/der Einzelnen, sondern das Anpassen der ganzen Gesellschaft an die/den Einzelnen.

Das ist ein hehrer Anspruch, ebenso wie es bislang nur ein theoretischer ist. Um sich dem Thema anzunähern, führte unsere Stadtratsfraktion im September eine Fachanhörung durch und reichte einen Antrag für inklusive Bildung ein. Seit Dezember ist beschlossen, dass es eine Analyse des Jetztzustandes – d. h. einen erweiterten Behindertenhilfbericht – geben wird. Es wird ein Maßnahmenplan für die Kitas erarbeitet und schließlich mehr Öffentlichkeitsarbeit zum Thema angeboten. Ferner wird geprüft, wie Kindern mit Behinderungen die Regelbeschulung ermöglicht und wie heilpädagogische Kindergärten als integrative Kindergärten geöffnet werden können.



schon 2006 eine neue Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderung. Die Bundesrepublik hat diese am 26. März 2011 ratifiziert, somit ist diese Konvention rechtsgültig geworden.

Der Inhalt der Konvention: Inklusion. Das beinhaltet nicht nur Integration, also die Hilfestellung für die/den Einzelnen, um am Leben der vermeintlich Normalen teilzunehmen, sondern auch die grundsätzliche Änderung eines Gesellschaftsmodells. Menschen, die nicht mithalten können, wurden bislang ausgesondert, in Einrichtungen untergebracht, in Sonderschulen beschult, extra behandelt. Inklusion sieht das Hereinnehmen aller vor, auch den Abbau von Barrieren, die das Hereinnehmen nicht möglich machen. Inklusion meint nicht die

Manches sollte sich einfach umsetzen lassen, z. B. der zügigere Ausbau des barrierefreien öffentlichen Verkehrs oder die bauliche Barrierefreiheit an öffentlichen Gebäuden. Auch das Lichtleitsystem der LVB mit Farben für jede Linie ist eine Maßnahme zur Barrierefreiheit wie natürlich auch das Blindenleitsystem. Somit kann es doch nicht so schwer sein, die Hinweise der AG barrierefreies Bauen bei jeder Bauvorlage zu berücksichtigen.

Schwieriger wird sicher die Öffnung des Bildungssystems. Als Kommune können wir uns konzeptionell vor allem in den Kitas und Horten betätigen. Die Integration ist hier bereits lange Thema, heilpädagogische Zusatzqualifikationen für das Personal wurden gezielt geför-

dert. Hier ist der Leistungsgedanke nicht beherrschend, hier die Akzeptanz wohl noch am höchsten, sein „normales“ Kind gemeinsam mit einem mit Behinderung betreuen zu lassen.

Anders als die Stadtverwaltung sehen wir aber auch Möglichkeiten im schulischen Kontext. Wir brauchen nicht erst auf den Freistaat zu warten, der im Sommer einen ersten Plan zur Inklusion in Schulen vorlegen will. Gerade der barrierefreie Ausbau nicht jeder Schule, aber doch in einem bedarfsgerechten Umfang, muss dringend vorangetrieben werden. Wenigstens das Schulleiterzimmer und Veranstaltungsräume müssen barrierefrei zugänglich sein, damit auch Eltern und Großeltern mit körperlichen Einschränkungen Zutritt haben. Zu wünschen sind zudem mehr gemeinsame Aktivitäten, gerade von benachbarten Regel- und Förderschulen. Hier gibt es wunderbare Beispiele, aber auch hässliche Schattierungen. Dies sollte für uns eine Herausforderung sein. Nicht zuletzt in meinem Beruf als Ärztin erlebe ich, dass Behinderung jeden sehr schnell selber betreffen kann.

## Neues aus dem Stadtrat

### Haushaltsplan 2012 verabschiedet

Durch Verhandlungsgeschick und Kompromissuche bis zuletzt konnten in der Entscheidung zum städtischen Haushalt für 2012 zahlreiche Anliegen unserer Fraktion durchgesetzt werden.

Mit den beschlossenen **sechs neuen Stellen in den Bürgerämtern** wollen wir mehr Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe erreichen und vor allem angemessenen Warte- und Bearbeitungszeiten gewährleisten.

Im Kulturbereich gelang es uns fraktionsübergreifend das Engagement der Vereine weiter zu würdigen und eine **zusätzliche Förderung für Vereine im Bereich Kultur in Höhe von 150 TEUR** zu erreichen. Der Stadtrat hatte im Jahre 2009 beschlossen, die Fördermittel für die Freie Szene bis zum Haushaltsjahr 2013 stufenweise auf 5 % des Kulturetats zu erhöhen.

Um dieses Ziel zu erreichen, war die Anhebung der vorgesehenen Fördermittelhöhe mindestens um diese Summe notwendig. Für die **Instandhaltung von Schulen konnten wir 2 Mio. EUR** gewinnen. Der Zustand der Schulen ist nach einem Jahrzehnt der Unterfinanzierung skandalös. ▶▶

# Schulsozialarbeit fest etabliert und auf solide Füße gestellt

von Michael Schmidt



**Die Schulsozialarbeit hat sich in der Stadt Leipzig seit Jahren etabliert und stellt einen bedeutenden Schwerpunkt in der Jugendsozialarbeit dar. Hauptzielgruppe der Schulsozialarbeit sind alle SchülerInnen.**

Besonderes Augenmerk gilt hierbei denen, die zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen oder zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen auf ein größeres Maß an Unterstützung angewiesen sind. Ebenso richten sich die Angebote der Schulsozialarbeit aber auch an LehrerInnen sowie an Eltern und Sorgeberechtigte.

Bislang konnten an insgesamt 24 Schulen der Stadt sozialpädagogische Angebote vorgehalten werden. Da dies bedeutete, dass nur ein Teil der Leipziger Schulen bedient werden konnte, wurde der Bedarf schwerpunktmäßig an Lernförderschulen, Mittelschulen, dem Zentrum für Erziehungshilfe sowie der Sprachheilschule gesehen. Die Freien Träger der Jugendhilfe dienen dabei mit ihren individuellen sozialpädagogischen Konzepten als Leistungserbringer und arbeiten auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen mit den jeweiligen Schulen.

Durch die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel hat sich die Stadt Leipzig richtigerweise dazu entschlossen, Schulsozialarbeit an weiteren 16 Schulen zu etablieren. Hierbei sollten in erster Linie die noch nicht versorg-

ten sechs Mittelschulen sowie weitere zehn ausgewählte Grundschulen Ziel sein. Nachdem sich meine Fraktion im Jugendhilfeausschuss im Rahmen des Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahrens der Schulsozialarbeit erfolgreich dafür stark gemacht hat, Trägerkooperationen in den Planungsräumen zu berücksichtigen, beginnen nunmehr zum Beginn des Jahres 2012 die ausgewählten Träger mit ihrer so wichtigen Arbeit.

Dass dies aber auch mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung möglich ist, geht ebenfalls auf eine Initiative meiner Fraktion zurück. Während noch im Rahmen des kürzlich vorbereiteten Bürgerentscheides im Kita-Bereich von den Initiatoren kritisiert wurde, dass ErzieherInnen in Kitas bei Freien Trägern weniger Geld verdienen als ihre KollegInnen in städtischen Einrichtungen, ging die Stadtverwaltung unbeirrt den Weg, diese Praxis auch im Bereich der Schulsozialarbeit zu zementieren. In den vergangenen Jahren wurde deutlich, dass das zur Leistungserbringung zur Verfügung gestellte Geld bei den Freien Trägern nicht ausreicht, wenn man das Ziel verfolgt, seine MitarbeiterInnen nach Tarif oder zumindest in Anlehnung an diesen zu entlohnen. Selbst mit den Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, welche die Chance geboten hätten, dieser Abwärtsspirale entgegenzutreten, wollte die Verwaltung nicht gegensteuern, da sie die 16 neuen Stellen nicht gegenüber den bereits etablierten Stellen der Schulsozialarbeit besserstellen wollte, um eine Ungleichbehandlung zu vermeiden. Meine Fraktion hat sich aber dazu entschlossen, das Problem an der Wurzel zu packen, und mittels eines Haushaltsantrages eine Aufstockung der finanziellen Zuschüsse für die Träger der Schulsozialarbeit zur ausreichenden Finanzierung der bereits vorhandenen Schulsozialarbeiterstellen beantragt. Der Antrag wurde im Haushaltsverfahren mehrheitlich beschlossen und hatte zur Folge, dass auch die Stadtverwaltung einlenkte und die 16 neuen Stellen auf das finanziell nötige Maß aufstockte.

Die nunmehr ins Leben gerufenen 16 Stellen sind über das Bildungs- und Teilhabepaket bis vorerst 2013 befristet, weshalb der Stadtrat im nächsten Jahr über deren Fortbestand wird entschei-

den müssen. Die beschriebene Entscheidung zeigt aber bereits heute, dass sich der Stadtrat bewusst ist, dass Schulsozialarbeit ein unverzichtbarer Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe darstellt, und hat ebenso deutlich gemacht, dass gerade in der Kinder- und Jugendhilfe die Leistungserbringerentsprechend ihrer Aufwendungen ausfinanziert werden müssen.

►► Bei Regen werden Klassenzimmer unter Wasser gesetzt (77. Grundschule), Toilettenanlagen sind veraltet und abschreckend, Dächer undicht, Freiflächen Stolperfallen. Die Verwaltung ist nun beauftragt, nach Dringlichkeit die 2 Mio. EUR einzusetzen und die Situation in den Schulen zu verbessern.



Mit einem Ja zum Naturkundemuseum untersetzt der Stadtrat seinen Grundsatzbeschluss nun auch finanziell. Die für die **Sanierung bzw. den Neubau des Naturkundemuseums** eingestellte Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.426.000 EUR wird vorgezogen, um eine pünktliche Eröffnung des neuen Naturkundemuseums 2016 zu ermöglichen.

Mit zusätzlich **30 TEUR für Schulsozialarbeiterstellen** können wir berufs- und klientelerfahrenes Personal einsetzen und dieses längerfristig binden. Nachdem es keine Aussage zur **Weiterfinanzierung des Modellprojektes aufsuchenden Straßensozialarbeit** für alkoholranke Erwachsene gab, kann das Projekt nun auf unsere Initiative hin weitergeführt werden. Bis März 2012 sichern EUMittel aus dem EFRE-Programm das Projekt, danach konnten wir 28 TEUR für das Projekt gewinnen für mehr Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit. Das Projekt trägt nachweislich wirksam dazu bei. Das dies nun auch die anderen Fraktionen so sehen, freut uns sehr. Sicherlich wünschen wir uns an vielen anderen Stellen eine höhere Finanzierung, doch dafür benötigen wir Mehrheiten im Stadtrat und vor allem mehr finanzielle Spielräume.

# Verwaltung verschläft modernes Zeitalter

von Ingo Sasama



**Ich hatte einen Traum ... Ich saß mit Laptop auf dem Balkon in der Sonne, bearbeitete eine Vorlage, schrieb einen Änderungsantrag dazu, den ich am Abend mit meinen KollegInnen abstimmen und in die morgige Fachausschusssitzung einbringen werde. Mein Nachbar – neugierig geworden – schaut sich die Vorlage auf der Webseite der Stadt an, gibt Tipps und kommentiert das vorgefundene Beratungsergebnis des Ausschusses.**

**Ratsarbeit unkompliziert bürgerfreundlich und weitgehend papierlos. So mein Artikel im Ratschlag 34 aus dem Jahr 2002.**

Bereits im Jahr 2002 ging von meinem Fraktionskollegen Maciejewski (CDU) und mir maßgeblich eine erste Initiative zur Umstellung der Verwaltungs- und Ratsarbeit auf papierlose Bearbeitung aus. Die Verwaltung tat sich (wie immer in diesen Fragen) schwer. Rechtliche, sachliche, finanzielle und organisatorische Bedenken ließen sich leicht konstruieren. Im Ergebnis langjähriger Projektarbeit konnte 2008 dann aber endlich als erster Schritt das elektronische Ratsinformationssystem (eRIS) den Betrieb aufnehmen. Seitdem erfährt diese Auskunftsplattform eine rege Nutzung sowohl durch Stadträtinnen und Stadträte als auch durch Verwaltung und BürgerInnen. Sie ist zwar weitgehend aktuell, hat aber keine Beschlüsse der davorliegenden Wahlperioden eingepflegt. Insofern sind viele Vorgänge, die sich über viele Jahre erstrecken, nicht in Gänze zu finden. Auch ist das System behäbig und umständlich handhabbar.

Der damals ebenfalls mit diskutierte Aspekt, dass die StadträtInnen, die dies

möchten, komplett auf papierlose Ratsarbeit umsteigen können, wurde immer wieder aus schon vorgenannten Befindlichkeiten und Unwillen der Verwaltung vertagt.

Neuen Schwung in diese alte Kamelle hat jetzt ein im Stadtrat beschlossener FDP-Antrag gebracht, der fordert, dass ein digitales Dokumentenmanagementsystem eingeführt wird, das zu einer verbesserten Nutzung auch des bestehenden eRIS für den Stadtrat, die Verwaltung und die BürgerInnen mit Beginn der nächsten Wahlperiode führen soll. Leider ist die FDP, überglücklich, überhaupt mal was nach außen vorzeigen zu können, der Verwaltung auf den Leim gegangen und hat diesen Beschluss nicht als klaren Arbeits-, sondern als Prüfauftrag beschließen lassen. Und die hält sich damit alle Türen offen: Ausgang somit wie immer ungewiss!

Denn die Flucht der Verwaltung in „Prüfaufträge“ hat inzwischen Methode. Nimmt man allein das hier beschriebene Feld der Bürgerbeteiligung, kann man inzwischen immer mit einem „Prüfauftrag“ rechnen.

So wollte die Verwaltung die Möglichkeit der Einführung einer Informationsfreiheitssatzung oder die Möglichkeit der Einführung von Online-Petitionen „prüfen“. Das Spiel machen wir aber nicht mehr mit. Wir wollen im Stadtrat ein JA oder ein NEIN. Und auch der Stadtrat wünscht wohl zumindest ab und an klare Entscheidungen, wurden doch beide Anträge als zu erfüllende Arbeitsaufträge an die Verwaltung beschlossen.

Zieht das mit den Prüfaufträgen wie hier nicht, wendet die Verwaltung Plan B an: Sie sitzt es aus! So sollte die Informationsfreiheitssatzung bereits im Juni 2011 im Rat vorgelegt werden. Vertagt auf Ende 2011, ist bis heute immer noch nichts von ihr zu sehen. Das dies allein Unwillen ist, sieht man daran, dass andere Städte, wie beispielsweise München, längst eine funktionierende Satzung haben.

Oder es fehlt in einem anderen Fall noch immer ein diskutabler Vorschlag zu unserem Antrag der Umwandlung von Stadtbezirksbeiräten zu Ortschaftsräten. Eigene Initiativen zu mehr E-Government und mehr unmittelbarer Bürgerbeteiligung gehen von der Verwaltung nicht aus. Jede, aber auch jede Neuerung ging vom Rat,

## Neues aus dem Stadtrat



### Lärm macht kränk

Die Fraktion reichte einen Antrag zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Lärmvermeidung ein. Wir wollen dadurch erreichen, dass die Verwaltung bei Lärmthemen für ihre BürgerInnen wieder verbindlicher Ansprechpartner wird, an der die Kommunikation zwischen den Lärmbetroffenen und den zuständigen Ämtern koordiniert und damit letztlich mit den Beteiligten Lösungen herausgearbeitet werden.

### Platz für neues Gymnasium

Bei der Standortbestimmung für den dringenden Neubau von Gymnasien in den kommenden Jahren haben wir den Erwerb des Grundstück Lutherstraße am Rosa-Luxemburg-Platz beantragt. Damit könnte ein passender Platz gesichert und dort der Bau eines Gymnasiums entwickelt werden, quasi als ein Brückenschlag von der City in den Leipziger Osten, welches eine städtebauliche wie funktionale Anbindung sicherstellen kann. Dieses Grundstück eignet sich hervorragend als Standort für eine Schule mit stadtweiter Anziehung.

### Haltestellen am Augustusplatz werden behindertengerecht

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen spricht sich ebenso wie die Mehrheit des Stadtrates dafür aus, ein Blindenleitsystem ab dem Haltestellenbereich Augustusplatz zu errichten, wodurch das vorhandene System ab der Grimmaischen Straße fortgeführt würde. Des Weiteren setzt sie sich dafür ein, die LVB-Haltestelle als behindertengerechte Doppelhaltestelle auszubauen und blindengerechte Ampeln an den Schienenübergängen zu schaffen.

zumeist von uns, aus. Hat die Verwaltung mal selbst eine Idee (z. B. Einführung eines Bau-Bürgerservices), verläuft sie spurlos im Sand.

Dieses Feld ist nur beispielhaft. Es ließe sich problemlos in zahlreichen anderen Gebieten mit Beispielen unterlegen. Die Verwaltung macht eben, was SIE will, und nicht das, was IHR Souverän, der Stadtrat, vorschreibt.

Und sie wird dies noch so lange tun, wie sich die Mehrheit des Stadtrates das gefallen lässt ...



# Was bleibt? Von Stärken, Schätzen und Werten

von Ansgar Maria König



**Wenn es ans Sparen geht, stehen in einem Stadthaushalt die freiwilligen Aufgaben immer zuerst zur Disposition. Die Kultur steht hier an vorderster Front.**

Wir haben schließlich in Leipzig den zweithöchsten Pro-Kopf-Kulturhaushalt Deutschlands – da muss doch was zu machen sein! So ist es jedenfalls im Rathaus überall zu hören. Kein Wunder also, dass man auf eine Studie über die Einsparungsmöglichkeiten bei den großen Kulturhäusern Leipzigs viel Hoffnung setzte. Auch unsere bündnisgrüne Fraktion versprach sich hier viel.

Die Ergebnisse der Actori-Studie waren dann allerdings überraschend. Kurz gesagt: Über reine Einsparungen in den Häusern sind die Kostensteigerungen – immerhin 5,7 Mio. EUR – in den nächsten Jahren nicht aufzufangen. Dabei geht es nur um Inflationsausgleich und Tarifsteigerungen. Was bleibt, sind strukturelle Veränderungen. Hinter diesem Wortgebilde verbergen sich nichts anderes als Schließungen und Reduzierungen des Angebots – es geht an die Substanz. Die Argumente sind dabei gewichtig: „Der Haushalt muss saniert werden, wir brauchen nicht so viel Kultur für eine elitäre Minderheit, wir brauchen das Geld zur Sanierung von Schulen, Straßen, Investitionen usw.“. Warum wir aber im Jahr durchschnittlich eine Mio. EUR für den Flughafen ausgeben, um symbolisch mit 2,1 Prozent Anteilen vertreten zu sein, erschließt sich mir nicht.

Der OBM hat sich nun gegen Schließungen ausgesprochen, was heißt, dass er den Kulturhaushalt den Kostensteigerungen anpassen muss. Natürlich wirft hier der OBM-Wahlkampf seine Schatten voraus, denn eine Schließung der MuKo mit Auflösung der Ensembles – und darauf läuft es hinaus – macht einen OBM sicherlich nicht populärer. Trotzdem ist

eine Entscheidung gegen die Schließung aus meiner Sicht richtig.

Als ich 1967 in Wiederitzsch eingeschult wurde, waren die Bedingungen aus heutiger Sicht eine Katastrophe. Neben dem Hauptgebäude wurde auch eine nebenstehende Baracke als Unterrichtsgebäude genutzt. Die Fenster waren nicht zu öffnen, es gab nur Kohleöfen in den viel zu kleinen Zimmern und es regnete hinein. Die Toiletten waren unbenutzbar, und da hatten wir es als Jungen noch leichter ... Was aber ist mir nachhaltig in Erinnerung geblieben? Was hat mich weiter gebracht? Für mich waren es engagierte Lehrer, der Schulchor, mein Musiklehrer Härtel. Der war zwar gefürchtet, aber ich erinnere mich gut an die Schallplatte mit Beethovens Fünfter, die wir im Unterricht hörten, und an die Stille, die da herrschte. Oder an den Kunstlehrer, Herrn Neubert, der plötzlich wohl aus politischen Gründen verschwand, an die Deutschlehrerin Frau Krause mit ihren legendären Gedichtrezitationen ... Sie alle haben mir etwas mitgegeben, was mein Leben lang hält. Dagegen sind die Toiletten längst im Nebel der selektiven Erinnerung verschwunden.

Das soll nun nicht heißen, dass wir nicht vernünftige Bedingungen in den Schulen brauchen. Aber die Inhalte – und damit meine ich auch und gerade kulturelle –, die Inhalte sind für mich wichtiger. Das beziehe ich auch auf unsere Stadt. Das Leben in einer Stadt wird durch deren Charakter bestimmt, und das Kulturleben mit allen seinen Facetten ist für mich das Besondere an Leipzig. Daher bin ich auch stolz darauf, dass wir LeipzigerInnen uns dem allgemeinen Trend, an der Kultur substanziiell zu sparen, immer noch entgegenstemmen konnten. Wir sollten den großen Kulturhaushalt als unsere Leipziger Stärke verstehen.

Denn von außen wird das so wahrgenommen und es unterscheidet uns positiv von anderen Städten. Als bündnisgrüne Partei versuchen wir, die „Schöpfung zu bewahren“ und auf Werte zu achten – Schutz von Umwelt, Tier und Mensch, Nachhaltigkeit in allem, was wir tun, ist uns wichtig. Auch bei der Kultur sollten wir dies tun, denn Wirtschaft und monetäre Interessen bekommen immer mehr Gewicht in unserer Gesellschaft. Finanzen und Wirtschaft bilden eine Macht, der alles

untergeordnet wird. Wir Bündnisgrüne werden auch gewählt, weil wir für Werte stehen. Hier ist der Maßstab, an dem wir uns messen lassen müssen.

Kultur ist ein Wert, für den es sich zu kämpfen lohnt. Sie ist ein Schatz, der nur schwer in Euro messbar ist, dessen Wert – wie auch den unserer Umwelt – man wohl erst erkennt, wenn er unwiederbringlich zerstört ist.

## Keine Gelder für Sanierungen der Kulturhäuser

In den Wirtschaftsplänen der Häuser der Eigenbetriebe Kultur sind Bedarfe für Instandhaltungen aufgeführt, die nicht der tatsächlichen Notwendigkeit entsprechen. Zum Beispiel wird beim



Schauspiel von einer mindestens benötigten Summe von 500 TEUR gesprochen, eingestellt sind nur 340 TEUR. Bei der Oper sind Instandhaltungsmaßnahmen und Investitionen mit einer Gesamthöhe von 1.625 TEUR zwar benannt, aber im Wirtschaftsplan gar nicht berücksichtigt. OBM Jung erklärt dazu, dass im Gewandhaus, in der Oper, in der MuKo und im Schauspielhaus diverse Brandschutzmaßnahmen erforderlich seien. Weiterhin seien bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsschutzes in der MuKo durchzuführen und weitere energetische Sanierungen an den Gebäuden der Oper, der MuKo und des Schauspielhauses vorzubereiten.

Die Fortschreibung der Erhaltungskonzeption für das Opernhaus könne man im Ratsbeschluss 1585 von 2009 und die der Gesamtkonzeption Instandhaltung und Investition Gewandhaus im Ratsbeschluss 1652 von 2009 nachlesen. Beides habe die Ratsversammlung zur Kenntnis genommen. Dies sei die Handlungsgrundlage der Verwaltung für die Erarbeitung der Konzeption für die beiden Häuser. Für das Schauspiel werde derzeit die Fortschreibung der Erhaltungskonzeption aktualisiert. Die Entwicklungskonzeption für die MuKo sei vom ASW erstellt worden, ruhe aber bis zur Entscheidung des Stadtrates über die zukünftige Kulturplanung.

# Kleines Kabinettstück in Sachen Lärmschutz - über die Reduzierung der sogenannten „Lärmschutzzonen“ am Flughafen Leipzig/Halle

von Bert Sander



Neuer Nachtschutzbereich am Flughafen Leipzig/Halle - Quelle: Freistaat Sachsen /SMUL

Das sächsische Kabinett hat – von der Öffentlichkeit weitestgehend unbeachtet – am 10. Januar 2012 eine drastische Verringerung der „Lärmschutzzonen“ am Flughafen Leipzig/Halle per amtlicher Verordnung festgesetzt – entsprechend der Neufassung des „Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm“ vom 31. Oktober 2007.

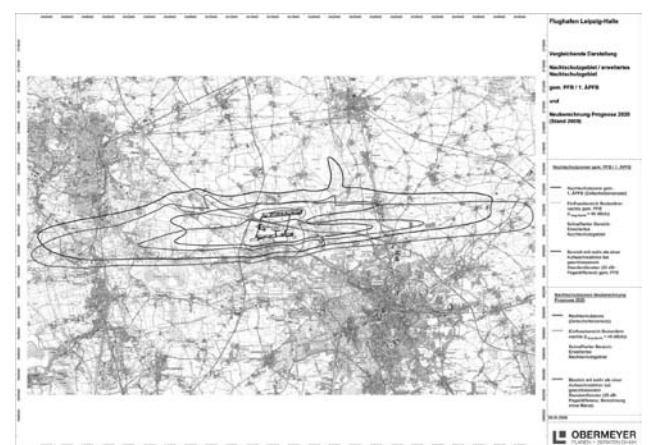
Diesem neuerlichen Entscheid nach wird die von den Flughafenverantwortlichen gerne so geheiene „Lärmschutzzone“ (eigentlich ein astreiner Euphemismus, müsste treffender „Lärmzone“ heißen) auf etwa 1/3 ihrer bisherigen Fläche eingeschrumpft, d. h., von den vormals 256 qkm verbleiben also gerade einmal ca. 80 im besagten „Schutzraum“, oder anders ausgedrückt, statt bisher ca. 32.000 haben ab Ende 2012 dann lediglich etwa 5.500 unmittelbar betroffene BürgerInnen Anspruch auf sogenannte „passive Lärmschutzmaßnahmen“ (Lärmschutzfenster, Lüfter; von den Betroffenen auch liebevoll als „Käfighaltung“ bezeichnet). Das gültige Fluglärmschutzgesetz, das nunmehr in der aktuellen Sächsischen Verordnung zur Reduzierung der „Fluglärmschutzzonen“ zur Gültigkeit kommt, bleibe mit seinen Anforderungen deutlich hinter den Kriterien zurück, die während des Planfeststellungsverfahrens angewandt

wurden, räumt auch Falk Höfer, stellvertretender Pressesprecher des sächsischen Umweltministeriums, auf Anfrage der Leipziger Internet Zeitung ein.

Mal abgesehen davon, dass für die Verkleinerung der Tagschutz- und Nachtschutzzone weder fachliche noch überhaupt irgendwelche zwingend sachlichen Gründe ins Feld geführt werden (am Rande: der Fluglärm wird sich bis Ende 2012 wohl keineswegs verringern), erscheint die Entscheidung der Sächsischen Staatsregierung nicht nur unverantwortlich, sondern auch blindlings erfolgt zu sein, denn mit besagter Reduzierung des Lärmschutzgebietes beraubt sich das Sächsische Wirtschaftsministerium und die Mitteldeutsche Flughafenholding ihres in der Vergangenheit arg strapazierten und allerdings letzten bzw. finalen Arguments gegen „aktive Fluglärmmassnahmen“ (Bonusliste, gleichmäßige Verteilung der Starts und Landungen auf die Nord- und Süd-Bahn auch in der Nacht). Immerhin begründete das Bundesverwaltungsgericht am 24. Juli 2008 seine Ablehnung einer

Einschränkung des Nachtflugverbotes mit dem Hinweis auf die Größe des für Deutschland „einzigartigen Nachtschutzgebietes“. Noch im Juli 2009 hatte die Landesdirektion Leipzig mit dem 7. Änderungsplanfeststellungsbeschluss vom Juli 2009, der auf Grundlage der Auswertung aktueller Messdaten sowie „veränderter Rahmenbedingungen“ erfolgte, dem Leipziger Flughafen eine nochmalige Vergrößerung der Schutzzone um 44 qkm verordnet.

Aber gut, es geht schon lange nicht mehr um Argumente oder um irgendwelche alten Verordnungen. Nach Markus Kopp, Chef der Mitteldeutschen Flughafenholding, geht es vielmehr darum: „Die Flughafen Leipzig/Halle GmbH muss Maximalprofite erwirtschaften, um insbesondere das Schallschutzprogramm bedienen zu können“ (aus dem Protokoll einer Anhörung vor dem Verkehrsausschuss Sachsen-Anhalt vom 24. September 2011). Folgt man dieser Aussage, dann müsste es also angesichts der nunmehr verordneten Verringerung der Schutzzone um 2/3 der bisherigen Fläche sehr schlecht um die „Maximalprofite“ stehen, was aber aufgrund der ständig bejubelten steigenden Frachturnschläge (2011 neuer Rekordwert: 760.344 t [+14,7 %]) nicht der Fall sein kann. Kurzum, es geht natürlich nicht um die im Nebensatz ange-



Nachtschutzzone, 2004/09 v. d. Landesdirektion ausgewiesen - Quelle: LDL

sprochene Finanzierung von etwaigen „Schallschutzprogrammen“, sondern allein um die im Hauptsatz apostrophierten „Maximalprofite“. Aber man wundert sich oder eben auch nicht: Nachdem Jahre zuvor die Erweite-

rung der Schutzzone bejubelt wurde, wird heute eben die Reduzierung derselben zum Erfolg umgemünzt – und zwar in besonders perfider Art und Weise: Neuerdings wird offen ausgesprochen, was man bislang in öffentlichen Verlautbarungen tunlichst unterschlagen hat, nämlich das mit den sogenannten „Fluglärmmzonen“ erhebliche Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung einhergehen, d. h. konkret, das den Kommunen und Städten in diesen Territorien bestimmte bauliche Einschränkungen (so dürfen hier keine öffentlichen Einrichtungen wie etwa Schulen, Kitas, Seniorenheime, Krankenhäuser ohne besondere Anforderungen an den Schallschutz errichtet werden) aufgebürdet werden – womit die Landnahme durch den Flughafen Leipzig/Halle letztendlich durch die Anrainer nicht nur ge- bzw. ertragen, sondern zudem auch noch finanziert wird. Jedoch durch die aktuelle Reduzierung der Schutzzonen darf, wer immer will, endlich wieder ohne Auflagen bauen, was immer er will.

Und darüber hinaus: Auf Grundlage der aktuellen Verordnung zur Reduzierung der „Schutzzonen“ können etliche Anträge auf Senkung des Einheitswertes wegen außergewöhnlich starker Grundstücksbeeinträchtigungen letztgültig abschlägig beschieden werden, wodurch den Kommunen und Städten ein Grundsteuerverlust im Millionenbereich erspart bleibt.

## Schulnetzplanung in Leipzig – Die Crux mit der Demografie und was es uns kosten wird. Oder auch nicht.

von Norman Volger



**Leipzig erlebt ein Geburtenhoch. Seit der Wende wurden in Leipzig noch nie so viele Kinder geboren wie im Jahr 2011. Rund 5.600 waren es. Diese Entwicklung mit seit Ende der 90er Jahre stetig steigenden Geburtenraten ist erfreulich für unsere Stadt. Aber wo Kinder geboren werden, müssen sie auch beschult werden, da es in der Bundesrepublik eine Schulpflicht gibt.**

Für die Bereitstellung der Räumlichkeiten, sprich der Schulgebäude, ist dabei die Stadt Leipzig per Gesetz verantwortlich. Wenn allerdings keine Kinder beschult werden müssen, werden Schulen geschlossen. Dies war auch in Leipzig in den 90er Jahren der Fall, da es aufgrund des Geburtenknicks nach der Wende zu viele Schulen für zu wenige Kinder gab.

Und damit begann das Problem. Es besteht nicht nur darin, dass die existierenden Schulen zum Teil stark sanierungsbedürftig waren und sind, Toiletten teilweise nicht mehr benutzt und Fenster nicht geöffnet werden können, um nur zwei Beispiele zu nennen. Es müssen auch eine Menge neue Schulen gebaut werden. Und das kostet Geld – Geld, das die Stadt nicht hat oder anderweitig ausgibt. Auf etwa 500 Mio. EUR wird der Finanzbedarf für die Schulen geschätzt. Die Entwicklung war aber seit Jahren abzusehen, getan wurde von der Stadt nichts. Mittlerweile steht der Stadt das Wasser bis zum Hals. Daher stehen im Haushalt 2012 auch 30 Mio. EUR für den Schulhausbau im Haushalt. Gut? Nein! Das ist lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein, um das

Nötigste zu reparieren und zu bauen, und das, obwohl der Schulhausbau eine gesetzliche Pflichtaufgabe ist. Zum Vergleich: Für die Kulturförderung wird mehr als das 3-fache, rund 110 Mio. EUR, ausgegeben und das, obwohl dies eine rein freiwillige Leistung ist. Hier zeigt sich ein eindeutiges Problem der Prioritätensetzung.

Aber darüber wollte ich eigentlich gar nicht schreiben: zurück zur Demografie und ihren Tücken. Der Stadt war wohl bewusst, dass die Geburtenzahlen steigen werden. Allerdings wurde der Anstieg in den Bevölkerungsschätzungen aus den Jahren 2005, 2007 und der aktuellen von 2009 immer deutlich unter den tatsächlichen Geburten angegeben. Kurz, man hat sich ziemlich verschätzt, immer um mehrere Hundert Kinder.

Aktuell haben wir nun eine Schulnetzplanung vorliegen, welche die Versäumnisse der letzten Jahre irgendwie versucht zu beheben – mehr schlecht als recht. Es sind mehrere neue Grundschulen, Mittelschulen und Gymnasien geplant, alles unter der Maßgabe, dass auch die freien Schulen ihre Kapazitäten erweitern und deren prozentualer Anteil in der Leipziger Schullandschaft gleich bleibt. Problem: Auch dem Fachamt ist bewusst, dass die Schulnetzplanung durch die aktuellen Geburtenraten schon bei Beschlussfassung im Stadtrat überholt ist. Rund acht Schulen zusätzlich zur bestehenden Planung scheinen durchaus nicht unrealistisch.

Aber woher soll das Geld kommen? Ohne Einschnitte in anderen Bereichen wird dies kaum möglich sein. Aber der OBM Jung (SPD) hat ja angekündigt, den Kulturretat um einige Millionen zu erhöhen, wenn da das Geld nicht ausreicht. Daher wird man möglicherweise oder wahrscheinlich nicht ohne Containerschulen als Notnagel auskommen. Das Geschrei wird dann wieder groß sein: „Unsere Kinder, unsere Zukunft, wie kann man nur.“ Ändern wird sich aber unter diesem OBM nichts. Hier sind die LeipzigerInnen gefragt, die Prioritäten zu verschieben. Auch wenn es jetzt hart und unfair klingt, denken Sie bei Ihrem nächsten Besuch in der Oper, dem Gewandhaus, dem Centraltheater oder der MuKo über das Gelesene nach.

### Neues aus dem Stadtrat



#### Veränderung der Preise der Musikschule

Ab 1. August 2012 werden sich die Entgelte für die Musikschule Leipzig „Johann Sebastian Bach“ verändern. Jede Entgelterhebung, egal wie erheblich, ist eine zusätzliche Belastung für die Eltern. Es muss daher wenigstens sichergestellt sein, dass die Eltern bzw. Schüler für das gezahlte Entgelt auch die entsprechende Leistung erhalten und nicht bei Krankheit der Unterricht ersatzlos abgesagt werden kann, was bisher oft der Fall war. Die Rückerstattung des Entgeltes bei mindestens viermaligen Ausfall im Jahr, wenn es keinen Ersatz gegeben hat, ist bereits Bestandteil der Gebührenordnung und sollte nicht erst durch mehrmalige Aufforderung Anwendung finden.



# Blumentopf zu gewinnen!

von Cordula Rosch

## Stadtrat stimmt Mehrkosten für das Parkhaus Zoo zu

Der Zoo sieht sich neben der Finanzierung der Masterplanprojekte nicht in der Lage, weitere zusätzliche Mittel aus eigener Kraft aufzubringen.

Zur Finanzierung der Mehrkosten für die Errichtung des zweiten Abschnitts „Parkhaus am Zoo“ erhält der Zoo deshalb eine Kapitalzuführung in Höhe von 1.24 Mio. EUR. Außerdem erhält der Zoo zur Finanzierung der Mehrkosten für den ersten Bauabschnitt der Sanierung der „Kongresshalle am Zoo“ weitere 634 TEUR.

Zwar wirken sich die Kapitalzuführungen in der Gesamtbilanz neutral auf die Vermögenslage der Stadt Leipzig aus, doch wurden insbesondere von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Mehrkosten hinsichtlich des Brandschutzes in Höhe von 468 TEUR kritisiert. Der Zoo führt die Mehrkosten vor allem auf den erheblichen Zeitdruck zurück und macht diverse nicht vorhersehbarer Umstände dafür verantwortlich.



Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Beschlussvorlage der Verwaltung mehrheitlich abgelehnt, da sie bereits im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Zoo, d. h. in einem sehr frühen Stadium, vor Kostenexplosionen auch hinsichtlich des Erweiterungsbaus „Parkhaus Zoo“ gewarnt hat.

## Zusätzlich Parkplätze in der Innenstadt für Nobelgäste

Die Stadtverwaltung will zwei VIP-Stellplätze für das Steigenberger-Hotel in der Innenstadt genehmigen. Dazu bedarf es der Entwidmung öffentlichen Verkehrsraumes durch den Stadtrat. Wir haben umgehend reagiert und die Verwaltung öffentlich gerügt. Denn bis heute ist kein einziger Stellplatz im öffentlichen Straßenraum für Car-Sharing auf verkehrsrechtlich abgesicherter ►►



**„Eine Wüste ist etwas, wo überhaupt nichts wächst“, erzählt der Lehrer den Kindern. „Paul, kannst du mir eine Wüste sagen?“ „Klar, der Schrebergarten meines Vaters!“**

Schreber, dessen Name hartnäckig im Zusammenhang mit dem Kleingartenwesen erhalten geblieben ist, hat sich als Leipziger Arzt in seinen Schriften mit der Gesundheit der Kinder und den sozialen Folgen des Stadtlebens am Beginn der Industrialisierung beschäftigt. Seine medizinischen Empfehlungen sind sicher nicht mehr die unseren, aber auch nach über 100 Jahren ist der Fortschritt der Industrialisierung nicht nur segensreich für die Gesundheit von Jung und Alt.

Leipzig hat über 39.000 Kleingartenparzellen in 280 Kleingartenanlagen. Hier schaffen sich viele GroßstädterInnen ihr privates Refugium. Die Idee der gesunden, frischen Selbstversorgung, des Aufenthalts im eigenen Gärtchen gegen Zahlung einer akzeptablen Pacht hat die Zeiten trotz aller Kleingärtnerklischees überdauert. Aber Ist immer gesund, was frisch ist? Nein, sicher nicht.

Die Lust am Kleingarten wird gerade wieder neu von Familien entdeckt, die sich z. B. mit ihren Kindern sehr bewusst mit der Natur beschäftigen wollen und die Jahreszeiten „in echt“ erleben wollen. Junge Leute, aber durchaus nicht nur junge Leute wollen nicht mehr unbedingt die dicksten Kartoffeln, sie wollen ihren Bezug zur Natur wieder herstellen. Diese neue Kleingärtnergeneration sucht die Alternative zum Großmarkt-Tiefkühllobst und -gemüse. Sie wollen sich saisonal, frisch und gesund aus dem eigenen Garten bedienen.

Durch die besseren Informationen über unsere Gesundheit insbesondere im Zusammenwirken mit Lebensmitteln und

deren Produktionsbedingungen wertschätzen wir die Natur in ihrer dynamischen Komplexität. Wir haben erkannt, wie wichtig der behutsame Umgang mit der Natur ist. So ist z. B. die Güte des Bodens gleich dem Wert seiner biologischen Lebendigkeit und nicht allein seines mineralischen Gehaltes. Das erfordert z. B. den Verzicht auf Pestizide und synthetische Düngemittel, Versiegelungen werden minimal gehalten. Gezielt zugelassener Wildbewuchs dient der Artenvielfalt, ist die Grundlage von Kleinbiotopen und kommt damit der Balance zwischen Schädlingen und Nützlingen zugute. Biologisch ist dynamisch. Optisch wie grundsätzlich unterscheiden sich diese Gärten auffällig vom verbreiteten, aufgeräumt, akkurat, unkrautfreien Kleingartenumfeld. Hier entstehen zu oft durch die sehr unterschiedlichen Einstellungen Spannungen über den Gartenzaun hinweg oder sogar mit dem ganzen Verein. Dabei kann durch naturnahes Kleingärtnern Entscheidendes für den Erhalt von Vielfalt und Vorkommen einheimischer Pflanzen und Tiere getan werden.

Unsere Fraktion hat sich deswegen entschlossen, einen Antrag „Wettbewerb: Ökologisch wertvoller Kleingarten in Leipzig“ einzureichen. Mit diesem Wettbewerb wollen wir die Anerkennung ökologischer Kleingartenbewirtschaftung voranbringen und unterstützen. Folgende Ziele haben wir definiert:

- das ökologische Bewusstsein der GartenfreundInnen zu steigern;
- zu zeigen, dass naturnahe Gartengestaltung und kleingärtnerische Nutzung nicht im Widerspruch zueinander stehen;
- die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, dass Kleingärten als Biotope in der Großstadt mitverantwortlich sind für den Natur- und Artenschutz und
- vorbildgebend Anregungen zur Gestaltung „Naturnaher Kleingärten“ zu bieten.

Diejenigen, die sich zum Ziel gesetzt haben, eine bunte einheimische Tier- und Pflanzenwelt zurückzuholen, die das natürliche Gleichgewicht bewahren und schützen und damit einen tatsächlichen Beitrag zum Naturschutz leisten wollen, sollen dafür noch 2012 erstmals ausgezeichnet werden.

►► Grundlage zur Verfügung gestellt worden. Dies dokumentiert das ganze, über ein Jahrzehnt reichende Dilemma des Auseinanderfallens von Beschlüssen und Handeln beim Thema Car-Sharing. Für die VIP-Stellplätze eines gerade erst eröffneten Grandhotels geht es dafür praktisch im Handumdrehen - für die verkehrspolitische Prioritätensetzung der Verwaltungsspitze sind diese 30 qm ein Offenbarungseid.

### Mehr Straßengrün!

Derzeit ist das Straßenbegleitgrün geprägt von Bäumen ohne Unterbau. Häufiges Mähen mindert den Wert in jeder Hinsicht weiter. Durch unseren Antrag besteht jetzt die Möglichkeit an mindestens einseitig nicht bebauten Straßen außerhalb geschlossener Wohnsiedlungen im Zuge von Straßeneubauten und -sanierungen an mindestens einer Straßenseite Straßenbegleitgrün in Form von Sträuchern und Hecken als natürlichen Schutz vor Schneesverwehungen anzulegen. So wäre ein natürlicher Lebensraum für Pflanzen und Tiere geschaffen, eine ansprechende Gestaltung könnte das Landschaftsbild positiv verändern und die Umgebung zudem vor Verkehrslärm schützen.

### Stadtverwaltung wird großräumiges LKW-Routenkonzept bis Ende 2012 erarbeiten.

Das LKW-Routenkonzept soll Bestandteil der Weiterentwicklung des Stadtentwicklungsplanes Verkehr und öffentlicher Raum werden, dies forderten die Fraktionen die Linke, SPD und wir in einem gemeinsamen Antrag und waren erfolgreich. Im Zuge der Einführung der Umweltzone wird zur Einhaltung der Emissionsgrenzwerte ein großräumiges Routenkonzept für den Schwerlastverkehr bis Ende des 4. Quartals 2012 für das Stadtgebiet erarbeitet. Und auch der CDU-Ergänzungsantrag, der die Prüfung eines Fahrverbotes für den LKW-Durchgangsverkehr ab 3,5 t vorsieht, war erfolgreich.

### Eingetragene Lebenspartnerschaften werden der Ehe in der Zweitwohnungssteuersatzung endlich gleichgestellt

Mit unserem Antrag haben wir das Ziel verfolgt, die in der Leipziger Zweitwohnungssteuersatzung anzutreffende willkürliche Ungleichbehandlung, dass nämlich nicht verpartnerte gleichgeschlechtliche Lebensgefährten ►►

## Freude über einen letzten Erfolg als Stadtbezirksbeirätin

von Katja Potowsky

**In einem Flächennutzungsplan ist für das ganze Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen dargestellt (BauGG Art. 5) – für unsere Stadt mit einer Fläche von insgesamt 298 qkm also eine umfangreiche Aufgabe.**

Als der Flächennutzungsplan der Stadt Leipzig als Vorlage mit zahlreichen Anlagen und Plänen ausgereicht wurde, hatte ich als Nichtfachfrau zunächst großen Respekt vor diesem riesigen Bündel Papier, was vor mir lag.

Nach eigenem Durcharbeiten, Einbringung der Vorlage im Stadtbezirksbeirat durch die Verwaltung und Diskussion innerhalb der Fraktion konnte ich dann doch plötzlich „mitreden“ und las sehr wohl die für unseren Stadtteil Altwest schädlichen Dinge heraus. Unverständlich erschien mir, warum die Erich-Köhn-Straße als neue Umgehungsstraße für den Ortsteil Lindenau auf einmal benötigt wird. Die Erich-Köhn-Straße führt durch ein ruhiges Wohngebiet, vorbei an Kleingärten, dem Kinder- und Jugendfreizeitzentrum KAOS e. V., an der Sportanlage „Charlottenhof“ des Vereins „Sportverein Lindenau 1848 e. V.“ und dem Friesenkrankenhaus. Ein Landschaftsschutzgebiet befindet sich in unmittelbarer Nähe. Weder gibt es von der Verwaltung Begründungen für den Ausbau – auch im Hinblick auf die



Fertigstellung des Einkaufszentrums (Kaufland) am Lindenauer Markt Ende dieses Jahres –, noch wurde bei den Planungen zum Trainingszentrum von RB Leipzig auf Nachfrage ein Bedarf oder eine Notwendigkeit für den Ausbau der Erich-Köhn-Straße erklärt. Bereits vor Monaten, als es um das Verkehrskonzept für das neue Kaufland am Lindenauer Markt ging, wurde darüber diskutiert und von der Stadtverwaltung auf Nachfrage klargestellt, dass ein Ausbau der Erich-Köhn-Straße nicht stattfindet.

Die Fraktion stellte daraufhin den Antrag, die neu aufgenommene Erich-Köhn-Straße als Umgehungsstraße für den Ortsteil Lindenau zu streichen – mit Erfolg. Die Verwaltung hat den Antrag übernommen, somit ist er als Bestandteil der Vorlage im Januar im Stadtrat positiv votiert worden. Es bleibt in Lindenau also zunächst alles, wie es ist!

Ebenfalls erfolgreiche Änderungsanträge der Fraktion in anderen Stadtteilen waren:

- Mittlerer Ring Nordost, Neubautrasse Süd sowie

### STADTRAT LIVE



Seit einem Jahr berichten wir live und immer aktuell auf unserer Webseite über den Verlauf und die Ergebnisse der Abstimmungen ausgewählter, besonders bedeutsamer Entscheidungen im Stadtrat. So konnte man in der letzten Sitzung die mit Hochspannung erwartete Entscheidung JA oder NEIN zum Verkauf der SWL-Tochter Perdata miterleben. Die mehr als 2-stündige Diskussion konnte auf unserer Webseite mitverfolgt werden, als wäre man einer der zahlreichen Besucher auf der Tribüne gewesen, auch wenn man nicht die Zeit hatte persönlich im Rathaus vorbeizuschauen.

Eine tolle Sache wie wir finden! Bereits eine Woche vor der Ratsversammlung wird die Sitzung auf unserer Seite mit den wesentlichsten Themen angekündigt. Verpasste Sitzungen können im „Archiv Liveticker Ratsversammlung“ nachgelesen werden.

Interessenten schicken wir gern vorab eine E-Mail mit den neuesten Informationen rund um die aktuelle Ratsversammlung. Möchten Sie das Angebot nutzen, dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an [gruenefraktion@leipzig.de](mailto:gruenefraktion@leipzig.de).

Wir nehmen gerne Anregungen und weiterführende Kritik zum Liveticker entgegen. Also: Klicken Sie sich ein!

- Mittlerer Ring Süd, Anschluss an die B2 und Weiterführung bis zur Richard-Lehmann-Straße.

Die Anträge:

- Mittlerer Ring Südost, Variante 2 Bahn und Variante 1 Stötteritz sowie
- die Verlängerung der S-Bahn von Leipzig-Grünau bis Markranstädt zu streichen,

wurden abgelehnt. Letzteres ist mittelfristig allerdings sowieso nicht vorgesehen. Der beschlossene Flächennutzungsplan liegt nun vom 28. Februar bis 27. März 2012 öffentlich im Neues Rathaus, 4. Etage, vor den Zimmern 496 bis 499 aus. Am 28. Februar 2012, 18 Uhr, wird es eine Auftaktveranstaltung im Festsaal des Neuen Rathauses dazu geben, woran alle BürgerInnen teilnehmen können.

Als Stadtbezirksbeirätin war die Rettung der Erich-Köhn-Straße nach sechs Jahren mein letzter Erfolg, über den ich mich freuen kann, denn ich habe zum Jahresbeginn mein Mandat aus persönlichen Gründen – die in der Unvereinbarkeit dieser Tätigkeit mit meiner Familie liegen – aufgegeben. Viele große Themen haben meine Amtszeit der letzten Jahre begleitet. Hier sind vor allem das Kaufland am Lindenauer Markt, das RB-Trainingszentrum und die Entwicklung der Georg-Schwarz-Straße zu nennen, bei denen die Entscheidung dafür oder dagegen nicht immer leicht gefallen ist. Vor allem der Georg-Schwarz-Straße wünsche ich eine gedeihliche Entwicklung. Allen AkteurInnen, die sich daran beteiligen, möchte ich an dieser Stelle noch einmal herzlich danken. Als engagierte Bürgerin werde ich mich weiterhin im Rahmen meiner Möglichkeiten einbringen und als Ansprechpartnerin selbstverständlich gern zur Verfügung stehen.

## Neues aus dem Stadtrat

►► für die überwiegend benutzte Zweitwohnung keine Zweitwohnungssteuer bezahlen müssen, weil diese melde-rechtlich ihre Hauptwohnung ist, während eine solche Wohnung für LebenspartnerInnen melderechtlich immer als Zweitwohnung gilt und deshalb mit der Zweitwohnungssteuer belegt wird, aufzuheben.

Mit einer breiten Stadtratsmehrheit wurde der Vorschlag unserer Fraktion angenommen. Der Wortlaut der Zweitwohnungssteuersatzung wird nun zur Klarstellung entsprechend ergänzt.

## Bürgerbeteiligung

Jetzt wird nicht nur über sie gesprochen, sondern angefangen, sie den Bürgerinnen und Bürgern auch zu vermitteln. Mit ihrem Flyer „Bürgerbegehren und Bürgerentscheid“ motiviert die Stadtverwaltung die Leipziger Bevölkerung erstmals öffentlich, sich an der Stadtpolitik zu beteiligen. Es ist zwar nur ein geringer Teil der Form der Bürgerbeteiligung, die angeregt wird, aber ein Anfang. Und auf der Webseite der Stadt Leipzig kann man sich ja inzwischen auch schon recht gut informieren. In dem Flyer wird erklärt, was ein Bürgerentscheid, ein Bürgerbegehren und wie die Verfahren ablaufen. Keine schlechte Sache wie wir finden!

## Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Wissenswertes  
für Einwohnerinnen und Einwohner



Büro für Ratsangelegenheiten

### „Forum Kultur in Leipzig“ (FKL) kommt

Im August 2011 hat der Stadtrat das Dezernat Kultur beauftragt, alle erforderlichen Fakten zur „Kulturhauptstadt Europas“ zu sammeln und zu analysieren. Auf unsere Initiative hin hat der Stadtrat schon im November das Forum beschlossen, Es soll die aktuellen kulturpolitischen Entwicklungen der Stadt mit vorbereiten und mit Rat und Lösungsansätzen begleiten und des Weiteren die Bedeutung des Standortfaktors Kultur für die Stadt Leipzig mit herauszuarbeiten.

Dem Forum sollen je ein/e VertreterIn aus Verwaltung, Stadtrat, betroffenen Verbänden und unterschiedlichen Einrichtungen angehören.

### Dach des Schauspiel Leipzigs wird 2012 energetisch saniert

Im Rahmen der Beratungen für den Haushalt 2011 hatten die Stadträte Wolfram Leuze (Bündnis 90/Die Grünen) und Reik Hesselbarth (FDP) eigens einen Haushaltsantrag gestellt, mit dem Ziel, zu prüfen, in welchem Umfang die Heizkosten beim Schauspiel Leipzig durch eine nachträgliche Isolierung des Daches gesenkt werden könnten.

Mittlerweile liegt das Energetische Gutachten vor. Die Maßnahmen zur energetischen Sanierung des Schauspielhauses sollen durch Intracting unter der Regie des Eigenbetriebes erfolgen. Im Entwurf des Haushaltsplanes 2012 sind für das Intracting Schauspielhaus 100 TEUR geplant.

Darüber hinaus hat der Stadtrat die Verwaltung beauftragt, die Sanie-

rungskonzeption für das Schauspielhaus aus dem Jahr 2003 bis spätestens 31.05.2012 zu aktualisieren und fortzuschreiben.

### Folgekosten für die künftige Brunnenanlage auf dem Richard-Wagner-Platz gering halten

Ja, aber unsere Initiative ist es, die Baumaßnahme beinhaltet unter anderem die Aufstellung von drei Plastiken des Bildhauers Harry Müller, die bis 1999 am damaligen Sachsenplatz angeordnet waren (im Volksmund "Pustebumen" genannt) und eine Fontäne als Brunnen. Insgesamt 59 Bäume sollen den Richard-Wagner-Platz außerdem zur kleinen grünen innerstädtischen Oase" werden lassen. 34 Fahrradbügel und 11 Bänke werden neu aufgestellt. Die Skateranlage bleibt und wird aufgewertet. Der Platz wird zusätzlich mit Leuchtstelen versehen. Auch ein Marktbetrieb wird weiter möglich sein. Drei Stelen werden vor Ort an die "Friedliche Revolution" erinnern. Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen verlangte in einem Ergänzungsantrag erfolgreich, die Stadtverwaltung solle sich angesichts der Haushaltslage und angesichts der in der Vorlage für die Brunnenanlage ausgewiesenen Folgekosten für Unterhaltung, Wartung, Strom und Wasser in Höhe von voraussichtlich jährlich 41.586 EUR intensiv darum bemühen, einen Paten bzw. Sponsor, rechtzeitig vor deren Installation, zu finden. Diesen Vorschlag übernimmt der Oberbürgermeister in die Vorlage.

## Verkehrs„experte“ Riedel dreht wieder am Rad oder Wie wäre es mal mit einer Steuer auf Quatsch im Amt?

von Roland Quester,  
verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion



Diese Radfahrer wieder! Wollen ihre wichtigsten Radwege genauso vom Schnee geräumt haben, wie die Hauptnetzstraßen. So der ADFC Leipzig dieser Tage in einer Pressemitteilung. Da gibt es aber Feuer vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU im Leipziger Stadtrat Konrad Riedel: bevor diese Radlobbyisten sich mausern dürfen, sollte man erst mal wieder eine Fahrradsteuer einführen oder wenigstens eine Fahrradversicherung! So wie in den anderen tollen Fahrradländern, die der ADFC da anführt und in denen es Städte gibt, in denen der Winterdienst auf Radwegen selbstverständlich ist. Und wie die Autofahrer, die ihre KfZ-Steuer für's Schneeräumen bezahlen.

Was? Die Schneeberäumung der Straßen wird gar nicht von den Autofahrern, sondern aus Haushaltsmitteln der Stadt, also vom Geld aller Bürger bezahlt? Und Radwege gehören nach Winterdienstsatzung mit zur Straße? Und wie, eine Fahrradsteuer gibt es gar nicht in Dänemark, den Niederlanden oder Österreich? Und es gibt auch gar keine Ermächtigung, so etwas kommunal zu erheben? Steuern sind auch generell nicht zweckgebunden und eine private Versicherung bezahlt schon gar nicht das kommunale Schneeräumen?

Muss man solchen Kleinkram als stellvertretender Fraktionsvorsitzender etwa wissen, wenn man sich in der Presse zum Thema äußert? Reicht es dafür nicht, dass man sich über diese unverschämten Radfahrer ärgert?

Nee, nicht das jetzt auch noch: Im neuen Radverkehrsentwicklungsplan der Stadt wird ein Haupt-Radroutennetz vorgeschlagen, auf dem es Winterdienst geben soll! Aber, he, dass hat Verschwörungstheoretiker Konrad Riedel doch schon vor einem Jahr gewusst, „... dass der Radverkehrsentwicklungsplan vielleicht nach bundes-politischem Vorbild von der Radfahrerlobby selbst der Verwaltung zugearbeitet wurde...“ ! (Rathaus-Info der CDU-Fraktion, Januar 2011)

Vielleicht sollte es aber auch einfach eine Steuer für Quatsch im kommunalpolitischen Amt geben. Da könnte bei Einigen ganz schön was zusammenkommen. Und man könnte Herrn Riedel davon ein Seminar bezahlen: Entdecke die Schönheit des Radfahrens. Referent: CDU-Fraktionskollege und Radfahrweltmeister Jens Lehmann. Ach, der hat sich noch nie kommunalpolitisch zum Radverkehr geäußert? Irgendwie läuft da was schief ...

## Ratschlag kostenlos!

Möchten Sie den „RATSCHLAG“  
regelmäßig mit der Post  
zugeschickt bekommen?  
Dann schicken Sie den  
ausgefüllten Coupon an:  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Stadtrat Leipzig  
Stadt Leipzig · 04092 Leipzig

VORNAME, NAME

STRASSE

ORT

PLZ

oder senden Sie eine email an:  
[GrueneFraktion@Leipzig.de](mailto:GrueneFraktion@Leipzig.de)

### Impressum

Herausgeber:  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Stadtrat Leipzig  
Neues Rathaus / Zimmer 103  
Martin-Luther-Ring 4 - 6  
04109 Leipzig  
Tel: 123-2179 / Fax: 123-2175  
E-Mail: [GrueneFraktion@leipzig.de](mailto:GrueneFraktion@leipzig.de)  
[www.gruene-fraktion-leipzig.de](http://www.gruene-fraktion-leipzig.de)

Konto für „Ratschlag“:  
Stadt- und Kreissparkasse Leipzig  
BLZ 860 555 92  
Konto-Nr. 1194900638

Redaktion:  
Ingo Sasama (V.i.S.d.P.), Cordula Rosch,  
Katja Potowsky

Fotos und Abbildungen:  
Fraktionsgeschäftsstelle,  
S. 2 Benjamin Weinkauff,  
S. 5 Anna Kaiser, S. 15 Ökolöwe

Druck:  
Druckerei Hennig, 04416 Markkleeberg  
Magdeborner Straße 7,  
Auflage: 1.600



**Wolfram Leuze**  
Fraktionsvorsitzender

Jurist i. R.  
Jahrgang 1939  
verheiratet  
2 Kinder  
1 Enkel

FA Kultur (Vorsitzender), Verwaltungsausschuss, Ältestenrat, FA Finanzen, BA Kulturstätten, AR LVV, VV ZV Stadt- und Kreissparkasse, Kinder- und Familienbeirat



**Annette Körner**  
Stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende

Betriebliche  
Umweltbeauftragte,  
Geschäftsführerin  
Förderverein UiZ  
Jahrgang 1962  
3 Kinder

Jugendhilfeausschuss / + UA Finanzen,  
FA Wirtschaft und Arbeit, Vergabegremium VOB,  
Umlegungsausschuss, AR LWB, VV ZV Stadt- und  
Kreissparkasse, VV ZV Parthenaue, Migrantenbeirat



**Katharina Krefft**  
Stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende

Ärztin  
Jahrgang 1978  
verheiratet  
3 Kinder

Verwaltungsausschuss, FA Jugend, Soziales,  
Gesundheit und Schule, AR BBVL, AR St. Georg,  
AR Städt. Altenpflegeheime, Gleichstellungsbeirat



**Norman Volger**  
Stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender

Geschäftsführer DAKS e. V.  
Jahrgang 1978  
verheiratet  
1 Kind

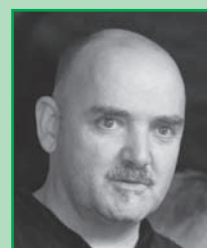
FA Umwelt/Ordnung, FA Jugend, Soziales,  
Gesundheit und Schule, Vergabegremium VOL,  
AR KWL, AR BBVL, Tierschutzbeirat



**Heike König**

Projektmanagerin  
Jahrgang 1962  
verheiratet  
4 Kinder  
3 Enkel

Grundstücksverkehrsausschuss,  
Rechnungsprüfungsausschuss, BA Stadtreinigung  
und Bestattungswesen, AR Stadtwerke,  
AR Gewerbehof + Service GmbH, VV ZAW



**Ansgar Maria König**

Sänger  
Jahrgang 1960  
verheiratet  
4 Kinder  
3 Enkel

BA Kulturstätten,  
FA Wirtschaft und Arbeit, BA Jugend, Soziales,  
Gesundheit, Bewertungsausschuss AR LVB,  
AR LEVG + LEVG & Co. KG, Leipziger Stiftung  
InnoTec, Regionaler Planungsverband Westsachsen



**Roland Quester**

Leiter der Leipziger  
Umweltbibliothek  
Jahrgang 1965  
Lebensgemeinschaft  
4 Kinder

FA Stadtentwicklung und Bau (Vorsitzender),  
AR Stadtwerke, VV ZV Neue Harth, Kinder-  
und Familienbeirat



**Malte Reupert**

Bio-Landwirt  
Inhaber „Biomare“  
Jahrgang 1970  
Patchwork-Familie  
4 Kinder

FA Finanzen, FA Umwelt und Ordnung,  
Rechnungsprüfungsausschuss, AR PUJUL, AR LVV



**Bert Sander**  
(WVL)

Freiberuflicher Lektor  
Dozent  
Jahrgang 1960  
verheiratet  
2 Kinder

Verwaltungsausschuss, FA Kultur,  
FA Allgemeine Verwaltung, FA Stadtentwicklung  
und Bau, AR Zoo, VV ZV Kulkwitzer See



**Ingo Sasama**

Fraktionsgeschäftsführer  
Jahrgang 1960  
verheiratet  
3 Kinder  
1 Enkel

Grundstücksverkehrsausschuss, FA Sport,  
FA Allgemeine Verwaltung, Petitionsausschuss,  
AR LWB, AR LECOS



**Michael Schmidt**

Arbeitnehmerberater  
Jahrgang 1977  
Lebensgemeinschaft  
2 Kinder

Jugendhilfeausschuss, FA Sport, BA Jugend, Soziales,  
Gesundheit, AR Sportbäder, AR LVB



**Katja Potowsky**

Referentin  
Jahrgang 1977  
Lebensgemeinschaft  
2 Kinder

AG Straßenumbenennungen,  
Wahlkommission



**Cordula Rosch**

Referentin  
Jahrgang 1968  
verheiratet  
3 Kinder

Stadtbezirksbeirat Südwest, Fachforum Wohnhilfen,  
AG Recht auf Wohnen



**Alrun Tauché**

Fraktionsmitarbeiterin  
Jahrgang 1967  
verheiratet

Stadtbezirksbeirat Mitte